

Redeauszug: **Dr. Gudrun Schittek** GRÜNE

EILT! Korrekturfrist 03.02.2025, 18:00 Uhr.

Bitte zurück - auch wenn Sie keine Änderungen wünschen - an die Bürgerschaftskanzlei, Nora Mederus, B11, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg, Tel. 040/42831-2227, E-Mail plenarprotokoll@bk.hamburg.de

Mangel an Kinder- und Hausärzt*innen bekämpfen – medizinische Versorgung mit kommunalen Gesundheitszentren gerecht gestalten

Dr. Gudrun Schittek GRÜNE:

Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Die kinder- und hausärztliche Versorgung ist uns ein großes Anliegen. Wir sehen, dass die Probleme wachsen, gerade in den Stadtteilen, wo Menschen geringe Einkommen haben und soziale Probleme gehäuft auftreten.

Die Förderung der lokalen Gesundheitszentren wird selbstverständlich auch im kommenden Haushalt fortgeführt und erhöht werden. Community Health Care durch speziell ausgebildete Pflegekräfte und Sozialberatung in den lokalen Gesundheitszentren sorgen dafür, dass Menschen in schwieriger Lage unterstützt werden. Deshalb setzen wir darauf, dass dieses erfolgreiche Modell in die Regelversorgung überführt wird; dazu braucht es eine gesetzliche Grundlage im Bund. Auch das Thema Sprachmittlung gehört in die Regelversorgung; dafür kämpfen wir als GRÜNE im Bund schon sehr lange.

Trotz dieser guten Initiativen liegt das Problem aber woanders: In Hamburg bricht uns gerade die ambulante hausärztliche Versorgung in den Praxen weg. Praxen haben Aufnahmestopp, kranke Menschen müssen weite Wege in Kauf nehmen, Hausarztpraxen sind am Limit, Praxen schließen, weil sie wirtschaftlich nicht mehr zu führen sind. Hausärzte bekommen nur etwa drei Viertel der Leistung bezahlt, die sie erbringen. Das bedeutet, dass jede:r vierte Patient:in kostenlos behandelt wird. Ich habe gerade eine Kollegin befragt, die eine Hausarztpraxis führt, wie viel sie zuletzt pro Quartal für die gesamte Behandlung einer Patientin erhalten hat, inklusive Hausbesuchen, EKG, ausführlichen Gesprächen, Medikamentenberatung, Beratung von Angehörigen und vielem mehr: Sie hat bei ihrer letzten Abrechnung 49 Euro für die Behandlung eines Patienten im Quartal erhalten.

Ich verstehe das Anliegen in Ihrem Antrag, aber die medizinische Regelversorgung ist *nicht* Aufga-

be der Sozialbehörde, sondern der Krankenkassen. Damit es eine gerechte medizinische Versorgung in allen Stadtteilen gibt, muss der Bund sichere finanzielle Rahmenbedingungen für Hausarztpraxen schaffen – und das ist die Entbudgetierung der hausärztlichen Leistungen. Das ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dr. Gudrun Schittek GRÜNE:

Ich danke der Senatorin für ihre klaren Worte; unsere großen Probleme sind tatsächlich die hausärztliche Versorgung und die fehlende Entbudgetierung. Man muss sich das mal vorstellen: Die Hausärzte kriegen es nicht bezahlt, wenn sie arbeiten. Das heißt, wenn sie noch mehr Patient:innen aufnehmen, wird es einfach nicht bezahlt. Auf der anderen Seite sind aber die Kosten, die steigen: für Personal, für Räume, für alles, wie wir das überall kennen. Wenn sich da nicht was ändert, bricht uns die hausärztliche Versorgung komplett weg.

Bei den Kinderärzten ist es zum Glück gelungen, diese Situation durch die Entbudgetierung stabiler zu gestalten: Die Kinderärzte haben richtig aufgeatmet und können jetzt normal und wirtschaftlich arbeiten. Das ist wirklich längst überfällig gewesen. Wenn das aber nicht auch bei den Hausärzten passiert, dann spielt sich hier ein Drama ab.

Herr Celik, es wird überhaupt nichts nützen, noch mehr Arztstühle einzurichten, weil die Arztstühle, die es schon jetzt gibt, gar nicht besetzt werden; das ist ja das große Problem: Es finden sich gar keine Nachfolger, weil die jüngeren Ärzte, die sich für eine Niederlassung interessieren, denken, dass das wirtschaftlich einfach nicht funktionieren würde. Sie müssen Kredite aufnehmen, haben eigene Kosten und, und, und.

(Zuruf von *Martin Dolzer* fraktionslos)

Redeauszug: **Dr. Gudrun Schittek** GRÜNE

EILT! Korrekturfrist 03.02.2025, 18:00 Uhr.

Bitte zurück - auch wenn Sie keine Änderungen wünschen - an die Bürgerschaftskanzlei, Nora Mederus, B11, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg, Tel. 040/42831-2227, E-Mail plenarprotokoll@bk.hamburg.de

Es ist also einfach unrealistisch, jetzt mehr Arztsitze zu fordern, denn es gibt zu viele Arztsitze, die einfach gar nicht mehr nachbesetzt werden.

Das andere Problem, das Sie genannt haben, ist in der Tat ein großes, nämlich, dass die lukrativen Fachrichtungen von Investoren besetzt werden: Augenärzte, Laborärzte, Radiologen, Dialyse und andere. Junge Ärztinnen und Ärzte haben gar keine Chance mehr, in diese Versorgung reinzukommen. Somit findet eine Kommerzialisierung der ganzen Versorgung statt.

(Zuruf von *Martin Dolzer* fraktionslos)

Am Ende sind die Patientinnen und Patienten in den Stadtteilen die Leidtragenden.

(Glocke)

So ist das im Augenblick. Darum brauchen wir die Entbudgetierung und ...

Dr. Gudrun Schittek GRÜNE:

Ja.

Dr. Gudrun Schittek GRÜNE (fortfahrend):

Medizinische Versorgung ist nicht Aufgabe der Sozialbehörde; das habe ich vorhin schon mal erklärt. Was die Sozialbehörde mit den lokalen Gesundheitszentren macht, ist richtig und wichtig: Sie unterstützt nämlich die Dinge, die in Praxen anfallen und dort nicht gelöst werden können, also Sozialberatung und so weiter. Für die medizinische Versorgung zu sorgen, ist aber grundsätzlich nicht Aufgabe der Stadt, sondern der Krankenkassen. Darum müssen wir die medizinische Versorgung so gerecht verteilen.

(*Deniz Celik* DIE LINKE: Die Kassen machen nicht die Versorgung – sie finanzieren sie!)

– Die Kassen finanzieren die Versorgung, nicht die Stadt; die Stadt ist dafür nicht zuständig. Wir haben jetzt schon die Situation, dass die KV, die

Kassenärztliche Vereinigung Hamburg, Eigenbetriebe gegründet hat, etwa eine Kinderarztpraxis in Rahlstedt. Das ist schon mal ganz gut, aber eigentlich nicht die richtig gute Lösung.

(*Deniz Celik* DIE LINKE: Korrigiere: Billstedt!)

Ich finde, es sollte doch so sein, dass das, was jetzt im Gesetz steht, auch so bleibt, und dass das, was an Grundlage, an ambulanter Versorgung da ist, wieder gestärkt wird. Sonst haben wir, wie gesagt, ein Problem, das nicht nur in den sozial schwachen, sondern auch in anderen Stadtteilen auftreten wird; so werden wir demnächst auch im Hamburger Westen Probleme mit der kinderärztlichen Versorgung haben.

Wir in der Politik müssen also einen grundsätzlichen Schwenk machen. Die Gesundheitsgesetzgebung im Bund hat sich leider nur auf die Krankenhausreform fokussiert, und die ambulante Versorgung ist hinten runtergefallen. Das müssen wir dringend aufholen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)
